

Abbruch, Aufbruch, Umbruch?

Die Zukunft der Museen in Zeiten der Finanzkrise

VIII. Rheinischer Museumstag in Zusammenarbeit mit dem Verband Rheinischer Museen e.V.

Redebeitrag

Zum Thema:

Museen als Aushängeschild und als Kostenfaktor

Das Dilemma der Träger von Museen

Bevor ich natürlich in den Kanon der Klagelieder einstimme, dieser Museumsneubau hier ist Zeugnis der kulturellen Wertschätzung der Stadt Köln.

Köln ist zurzeit wohl die Stadt mit dem größten Investitionsvolumen im Bereich Kulturbauten in Deutschland. Nach Fertigstellung dieses neuen Museumskomplexes, der ungefähr 70 Mio. Euro gekostet hat, stehen für die anderen Kulturbauten weitere Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen mit einem Kostenvolumen von zwischen 450 – 500 Mio. Euro an.

Konkret sind dies, um die teuersten Beispiele zu nennen die Sanierung der Bühnen mit einem Kostenvolumen von allein 253 Mio. Euro, der Neubau des Historischen Archivs (86 Mio. Euro), der Archäologischen Zone mit dem Jüdischen Museum (51,7 Mio. Euro), den Generalsanierungen des Römisch-Germanischen Museums und des Kölnischen Stadtmuseums (zusammen rd. 42 Mio. Euro) wie auch dem Sanierungsbedarf in den anderen Museumsbauten (rd. 25 Mio. Euro).

Auf der anderen Seite steht ein von der vorangegangenen Wirtschaftskrise gebeutelter städtischer Haushalt, der hart an der Grenze eines Nothaushalts geführt werden muss.

So geht es fast allen deutschen Kommunen, jedoch ist hier, anders als in manch anderer Stadt, der Ruf nach Schließung von Kultureinrichtungen unterblieben. Darüber bin ich sehr froh, denn solche elenden Diskussionen schaden letztlich dem Ansehen der Städte und Gemeinden, in denen ein solcher Ruf laut wird.

Dennoch ist das Ansehen Kölns, wie mir immer wieder zu Ohren kommt, arg ramponiert – dies sehr zu Unrecht, wie ich finde.

Denn die Vielfalt an Kultureinrichtungen hier in Köln ist überaus groß. Köln unterhält die meisten Museen in kommunaler Trägerschaft. Es sind neun an der Zahl, schon bald könnten es zehn sein, wenn die Archäologische Zone mit dem Jüdischen Museum hinzukommen sollte, wofür vieles spricht. Unter diesen Museen befindet sich das Museum Ludwig, welches als Galerie für zeitgenössische Kunst eine national wie international führende Position einnimmt. Zudem gibt es auch zwei Solitäre, das Rautenstrauch-Joest-Museum, in dem wir uns gerade befinden, ist das einzige Völkerkundemuseum in Nordrhein-Westfalen und das Museum für Ostasiatische Kunst, welches als eigenständiges Museum das einzige seiner Art in Deutschland ist.

Die Kölner Museen bilden einen wichtigen Baustein im Kulturprofil der Stadt. Sie sind das seriöseste Zeugnis unserer kulturellen Wertschätzung, unserer Bildungsqualität und unserer kulturellen Identität überhaupt.

Dieses Kulturprofil wiederum trägt einen maßgeblichen Anteil an der wirtschaftlichen Wertschöpfung – über die getätigten Investitionen und kulturwirtschaftlichen Wirkungen einerseits, andererseits in mindestens

gleichem Maße über die atmosphärischen und ideellen Wirkungen. Es zieht Menschen und Unternehmen nach Köln, weil es die Lebensqualität steigert und vor allem eine positive Außenwirkung erzeugt. Vergleichen wir doch einmal zwei erdachte Stadtmodelle: Ein reiner Wirtschafts- und Industriestandort ohne Kultureinrichtungen und der gleiche mit lebendigen Museen, vielen Theatern und einer prosperierenden Kulturszene? Die Antwort dürfte wohl eindeutig sein.

Leider gibt es keine wissenschaftlich fundierte Wertbestimmung des pekuniären Wirkungsgrades von Investitionen in die Kultur. Gäbe es diese, würde sicher vieles leichter.

Ist es aber nicht! Auch hier in Köln ist die Situation eine sehr schwierige. Mir ist es glücklicherweise gelungen, für die Jahre 2007 bis 2009 eine Steigerung des Kulturetats um rd. 20 Mio. Euro zu erwirken. Weitere Steigerungen waren bereits fest eingeplant, wurden jedoch durch die Finanzkrise konterkariert. Aktuell stehen wir vor einer Kürzungsquote von 12,5 % und einer Stellenbesetzungssperre. Diese Kürzung hat zwar nicht die vorangegangenen Erhöhungen aufgezehrt, sie ging jedoch bis in den Bereich der fixen Kosten, beispielsweise für Energie und Bewachung.

Die Lasten, die aus Betrieb und Unterhaltung von Kultureinrichtungen erwachsen, sind immens und steigen weiter an. Der Kostendeckungsgrad dieser Einrichtungen liegt bei zwischen 10 % und 20 %, eingeworbene Drittmittel eingerechnet. Die Träger müssen also den fehlenden Betrag zuschießen. Diese Situation wird gerade angesichts der Auswirkungen der Finanzkrise einhergehend mit einer beinahe nicht mehr zu bewältigenden Verschuldung der Kommunen

immer schwieriger. Der Gedanke an eine Verringerung der Kulturausgaben muss dabei beinahe zwangsläufig aufkommen.

Kultur lässt sich aber nicht am Kostendeckungsgrad berechnen. Nicht nur, dass die Werte der Objektbestände, auch wenn sie nicht veräußerbar sind, die Bilanzen stützen - in Köln sind es, die Gebäude nicht eingerechnet, mehr als 1,5 Milliarden Euro. Vor allem die ideelle Leistung für das Ansehen der Stadt und für die Lebensqualität sind sichtbar und fühlbar – auch wenn sie in Zahlen nicht ausgedrückt werden können.

Gerade mit Blick auf diesen Wirkungszusammenhang stellt sich die Frage, ob das vorhandene Leistungsniveau gehalten werden soll oder gar mit einem im Verhältnis durchaus geringem Beitrag noch gesteigert werden kann. Oder, ob in Kauf genommen wird, dieses Leistungsniveau zu verlieren.

Die Kölner Museen wirtschaften am Rande des Existenzminimums und schaffen dabei immer noch eine Programmatik, die ich als hervorragend bezeichnen möchte. Und dies, obwohl die Personalausstattung an der absoluten Untergrenze liegt. Die Menschen die dort arbeiten, schaffen es dennoch. Der Preis ist oft ein Arbeitspensum, das schon als Selbstausbeutung bezeichnet werden kann.

Es ist schade, dass diese Leistung nicht die gebührende Anerkennung findet, denn das Publikum sieht ja nicht, was hinter den Kulissen geschieht.

Es muss gelingen, das „Aushängeschild“ nicht nur auf den „Kostenfaktor“ zu reduzieren. Es ist ein langer jedoch auch lohnenswerter Weg, dies in

die Köpfe zu bringen. In Köln gelingt dies zunehmend, die Institute leisten eine gute Arbeit, viele Menschen engagieren sich für die Kultur und auch die Stifterinnen und Stifter bedenken unsere Museen, wie gerade wieder durch Irene Ludwig geschehen, mit überaus großzügigen Schenkungen.

Diese Engagements werden auch von nicht gerade kulturrainen Politikern erkannt und so waren hier auch keine Rufe nach Schließungen zu vernehmen.

Ich habe hier eher noch den Eindruck gewonnen, dass die derzeitige Krise auch eine höhere Sensibilität für die Kultureinrichtungen ausgelöst hat. Man musste sich zwangsläufig mit den aufgetretenen Defiziten befassen und damit einhergehend mit der Frage, ob Abbau oder Erhaltung betrieben werden soll. Letzteres ist augenscheinlich der Fall und so hege ich Hoffnung, dass es, wenn auch in kleinen Schritten, bald auch wieder aufwärts gehen wird.

Kulturelle Vielfalt sichern: die LVR-Museen, das LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe, Museumsberatung und Museumsförderung

Köln, im Mai 2011

Milena Karabaic

LVR-Dezernentin Kultur und Umwelt

Der Landschaftsverband Rheinland

- ist gemäß § 5 der Landschaftsverbandsordnung verantwortlich für die Bewahrung des reichen kulturellen Erbes im Rheinland,
- ist damit auch im Bereich der Kultur ein kompetenter und verlässlicher Partner der rheinischen Kreise, Städte und Gemeinden,
- sichert als umlagefinanzierter Regionalverband über fachliche Beratung wie über finanzielle Förderung von kulturellen Angeboten die kulturelle Vielfalt im Rheinland,
- vermittelt mit seinen eigenen Museen und Kulturdienststellen wichtige Aspekte der rheinischen Kultur und Geschichte.



Die LVR-Museen

Der Museumsverbund im LVR:

- LVR-LandesMuseum Bonn
- Max Ernst Museum Brühl des LVR
- LVR-Freilichtmuseum Kommern
- LVR-Industriemuseum mit sechs Schauplätzen
- LVR-Freilichtmuseum Lindlar
- LVR-Archäologischer Park Xanten/ LVR-RömerMuseum

Ausstellungsorte:

- LVR-Kulturhaus Landsynagoge Rödingen
- Gedenkstätte im LVR-Kulturzentrum Brauweiler



Besuchszahlen 2010

LVR-Freilichtmuseum Kommern	198.356
LVR-Archäologischer Park Xanten/ LVR-RömerMuseum	575.104
LVR-Freilichtmuseum Lindlar	103.184
LVR-LandesMuseum Bonn	100.583
LVR-Industriemuseum	183.351
Max Ernst Museum Brühl des LVR	49.302
Gedenkstätte Brauweiler	715
LVR-Kulturhaus Landsynagoge Rödingen	886
Gesamt	1.211.481



Die LVR-Netzwerk-Philosophie

Seit einigen Jahren verfolgt der LVR seine kulturellen Aktivitäten – speziell im Bereich Museen - verstärkt unter dem Aspekt der Netzwerkbildung und der Intensivierung von Kooperationen:

- Er trägt damit dem reichen historischen Erbe und der kulturellen Vielfalt der Region Rechnung.
- Gleichzeitig demonstriert er seine kulturfachliche Kompetenz.
- Den Partnern bietet er verlässliche Strukturen des Austausches und der Zusammenarbeit.
- Er unterstützt damit effizient und öffentlichkeitswirksam die Kulturarbeit der Mitglieder der kommunalen Familie.



Das LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe

Das LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe basiert auf dem Prinzip der dauerhaften institutionellen Förderung der ihm angeschlossenen Museen. Seine strategischen Ziele sind

- die fachliche Vernetzung und wechselseitige Information der Mitglieder,
- gemeinsame Aktivitäten, zum Beispiel Ausstellungen und Veranstaltungen,
- eine abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und ein gemeinsames Marketing,
- die damit verbundene Erhöhung des Bekanntheitsgrades der Netzwerkpartner.



Formen der Netzwerk-Partnerschaft

Netzwerkpartnerschaften sind in verschiedenen juristischen und administrativen Formen und mit einem unterschiedlichen Grad des finanziellen Engagements denkbar:

- Stiftungsbeteiligung: Stiftung RuhrMuseum/ Welterbe Zollverein; Rotes Haus Monschau
- LVR als Gesellschafter: Vogelsang ip gGmbH; ENERGETICON gGmbH Alsdorf
- Beteiligung an den Betriebskosten: Römerthermen Zülpich – Museum der Badekultur; Museum Zinkhütter Hof Stolberg



Aufnahmekriterien

Das LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe ist grundsätzlich – nach Beschluss der politischen Gremien – für weitere Mitglieder offen. Voraussetzung für die Aufnahme ist die fachliche Prüfung durch des LVR-Dezernat Kultur und Umwelt.

Die wichtigsten Aufnahmekriterien:

- sinnvolle thematische Ergänzung der LVR-Kultureinrichtungen
- regionale, wenn nicht überregionale Bedeutung der Institution
- Einhaltung von Mindeststandards bei Trägerschaft und internen Strukturen
- solide und eigenständige Finanzbasis



Das LVR-Netzwerk Industriekultur

Das LVR-Netzwerk Industriekultur bezeichnet einen inhaltlichen Schwerpunkt im LVR-Netzwerk Kulturelles Erbe: Das Land NRW verfügt über eine reiche Hinterlassenschaft des Industriezeitalters. Industriekultur kann damit als ein Alleinstellungsmerkmal gelten, dem der LVR exemplarisch Rechnung trägt.

Mitglieder im LVR-Netzwerk Industriekultur:

- die Zeche Zollverein mit dem RuhrMuseum
- das Museum Zinkhütter Hof in Stolberg
- das Rote Haus in Monschau
- das ENERGETICON in Alsdorf



LVR-Netzwerke: personelle und finanzielle Ressourcen

Aufbau und dauerhafte Betreuung der Netzwerke erfordern einen hohen personellen Aufwand. Dies gilt auch für die sog. „Netzwerkknoten“ - wie etwa das LVR-Industriemuseum für das LVR-Netzwerk Industriekultur. Sie sind verantwortlich für die Verstetigung der Kooperation der Netzwerkpartner.

Erheblich ist – neben den Zuschüssen zu den Investitionskosten - auch der finanzielle Beitrag des LVR für den laufenden Betrieb der Netzwerkmuseen, so etwa für

- Zollverein/ RuhrMuseum mit Besucherzentrum: bis zu 2 Mio. Euro/Jahr
- Museum Zinkhüter Hof: bis zu 160.000 Euro/Jahr
- Römerthermen Zülpich: bis zu 281.000 Euro/Jahr
- Vogelsang: bis zu 250.000 Euro/Jahr.

Netzwerk-Mittel insgesamt: ca. 3,5 Mio. Euro in 2010.

Vernetzte Zukunft

Angesichts knapper werdender finanzieller wie personeller Ressourcen gehört auch in der Kultur den Kooperationen und Netzwerken die Zukunft:

- Sie sichern die kulturpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten des LVR.
- Sie verankern die Kulturpolitik des LVR in der Region.
- Sie bündeln und kommunizieren Fachwissen.
- Sie schaffen Synergieeffekte für alle Beteiligten.
- Sie halten das öffentliche Bewusstsein für das kulturelle Erbe im Rheinland wach.
- Sie tragen entscheidend dazu bei, dieses reichhaltige Erbe für die Zukunft zu erhalten.

Serviceangebote des LVR für die Museen

Der LVR engagiert sich nicht nur im Rahmen seiner Netzwerkarbeit für die Museen im Rheinland. Denn darüber hinaus bietet er vielfältige Dienstleistungen im Bereich Beratung und Förderung. Er ermöglicht damit vor allem kleineren und mittleren Häusern den Zugang zu aktuellem/ spezifischem museumsfachlichem Know How.

Die Beratung kann sich beispielsweise beziehen auf die Unterstützung

- bei der Erarbeitung von inhaltlichen Konzepten für Dauer- und Sonderausstellungen,
- bei der Erstellung von Sammlungsdokumentationen,
- bei allen Aspekten der musealen Vermittlung,
- bei Fragen des allgemeinen Museumsmanagements.

Fördermöglichkeiten für Museen

Angesichts der finanziellen Situation vieler Museen spielt neben der Museumsberatung die finanzielle Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte eine bedeutende Rolle.

Die klassischen Förderlinien in diesem Bereich:

- Museumsförderung aus LVR-Eigenmitteln im Rahmen der allgemeinen Museumsberatung (Fördervolumen 2010 ca. 230.000 Euro; Finanzierung von bis zu 50% der Projektkosten möglich)
- Museumsförderung aus Mitteln der Sozial- und Kulturstiftung des LVR (Fördervolumen 2010 ca. 255.000 Euro; Finanzierung von bis zu 100% der Projektkosten möglich)
- Museumsförderung im Rahmen der Regionalen Kulturförderung aus GFG-Mitteln

Gefördert werden können Maßnahmen beispielsweise zur Optimierung der musealen Infrastruktur, zum Ausbau einzelner Aufgabenbereiche oder zur Stärkung regionaler Kooperationen und Netzwerke.

Die Regionale Kulturförderung aus GFG-Mitteln

Die Regionale Kulturförderung des LVR aus Landesmitteln (GFG-Mittel zur landschaftlichen Kulturpflege)

- unterstützt zahlreiche Projekte aus allen Sparten der Kultur,
- konzentriert den Mitteleinsatz auf Projekte mit regionaler Ausstrahlung,
- stellte 2010 ca. 3,5 Millionen Euro für kulturelle Einzelmaßnahmen zur Verfügung.

Aktivitäten und Projekte von Museen werden allerdings nur gefördert, wenn die Mittelbedarf über die finanziellen Möglichkeiten der eigentlichen Museumsförderung hinaus geht.

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit.

**Beigeordneter Klaus Hebborn
Deutscher Städtetag**

Statement

„Museen als Aushängeschild und Kostenfaktor“

auf dem VIII. Rheinischen Museumstag „Abbruch, Aufbruch, Umbruch? Die Zukunft der Museen in Zeiten der Finanzkrise“ am 06. Juni 2011 im Rautenstrauch-Joest-Museum Köln

Anrede

Die Überschrift dieses Teils Ihrer Tagung bringt die Ambivalenz der gegenwärtigen kulturpolitischen Diskussion zum Ausdruck:

Zum einen gehört die Förderung von Kunst und Kultur – und damit auch der Museen - seit jeher zum Kernbestand kommunaler Selbstverwaltung. Entsprechend tragen die Städte, Gemeinden und Kreise trotz aller Schwierigkeiten und Widrigkeiten noch immer mit etwa der Hälfte den größten Anteil der rund 8 Mrd. Euro Kulturausgaben in Deutschland.

Zum anderen ist aber gerade diese Gestaltungsaufgabe durch die Wirtschafts- und Finanzkrise akut bedroht.

Zu beiden Aspekten möchte ich nachfolgend Stellung nehmen.

Museen sind seit jeher integraler Bestandteil des kommunalen Kulturangebotes. Sie sind eine unverzichtbare Säule der kommunalen kulturellen Infrastruktur in den Städten und Gemeinden. Die Museen sind im Konzert der kommunalen Kultur vielfältig aufgestellt: Kunstmuseen, historische Museen, Technikmuseen, naturkundliche Museen, Heimat- und Stadtmuseen, um nur einige Museumsarten zu nennen. Sie alle haben ihre Aufgaben und Spezifika.

Mit ihren Hauptfunktionen des Sammeln, Bewahren, Vermitteln und Erforschen leisten die Museen seit jeher wesentliche Beiträge

- Bewusstsein für den Wert und die Bedeutung von Kunst und Kultur zu wecken,
- Kunst und Kultur als öffentliche Orte zugänglich zu machen,

- insbesondere junge Menschen an Kunst, Kreativität, Geschichte oder Technik heranzuführen und
- den Städten ein unverwechselbares Profil zu geben.

Museen sind insoweit Ausdruck einer demokratischen Kultur, des Rechtes auf Bildung und kulturelle Teilhabe. Daneben sind sie – und auch dies ist ein wichtiger Aspekt – vielfach städtebauliches Aushängeschild und mit ihren attraktiven Sammlungen, Sonderausstellungen und Veranstaltungen Zuschauer- und Tourismusmagnet.

Die Städte und Gemeinden wenden mit 755 Mio. Euro jährlich (Stand: 2007) den zweitgrößten Betrag ihrer Kulturausgaben nach den Theatern/Opern (1,64 Mrd. Euro) und noch vor den Bibliotheken (632 Mio. Euro) auf. Die Tendenz zwischen 2005 und 2007 (letzte aktuelle Zahl) ist nach einigen Jahren des Rückgangs wieder steigend.

Die Besucherzahlen der Museen liegen deutschlandweit mit über 100 Mio. Besuchern/innen auf hohem Niveau. Dies sind etwa 10-mal so viele Besucher wie bei den Spielen der ersten Fußballbundesliga. Allerdings ist – wie wir alle wissen – die Refinanzierung der Fußballbundesliga besser. Nur 10 % der Museumsausgaben werden durchschnittlich über Einnahmen abgedeckt. Allerdings gibt es hier eine große Schwankungsbreite. Für die Museen bedeutet dies, dass sie über ihre Eigenfinanzierungsquote weiter intensiv nachdenken sollten. Dies geschieht in vielen Städten bereits. So gibt es Überlegungen und Modelle, Kindern und Jugendlichen freien Eintritt zu gewähren und dafür bei anderen Besuchern Spielräume nach oben auszunutzen, Differenzierungen bei den Eintrittspreisen nach Zeit, Besuchergruppen und Ausstellungskonzepten vorzunehmen. In diesen Kontext gehört die Weiterentwicklung von Konzepten der betriebswirtschaftlichen Führung und des Marketing ebenso wie das Nachdenken über gegebenenfalls neue Rechtsformen der Museen.

Ein aus kommunaler Sicht wichtiger Bereich ist die Museumspädagogik. Diese hat sich – soweit wir das beurteilen können – sehr dynamisch und positiv entwickelt. Die demnächst stattfindende „Sommerschule“ in Köln als Maßnahme der Berufsorientierung ist dafür ein positives Beispiel. Viele Museen kooperieren mit Bildungseinrichtungen, insbesondere mit den Schulen und haben diese Aktivitäten in den letzten Jahren ausgeweitet. Die Museen sollten bestrebt sein, sich an integrierten Ansätzen wie die „Kommunale Bildungslandschaft“ zu beteiligen. Dabei geht es im Kern darum, die bestehenden vielfältigen, häufig aber wenig aufeinander bezogenen Bildungsangebote vor Ort zu einem Gesamtsystem von Erziehung, Bildung und Betreuung zu vernetzen. Die Museen sollten bestrebt sein, sich an diesen zukunftsweisenden Ansätzen angemessen zu beteiligen.

Ein weiteres aktuelles Thema ist das Bildungs- und Teilhabepaket, das sich insbesondere an sozial und finanziell benachteiligte Kinder und Jugendliche richtet. Man mag das Bildungs- und Teilhabepaket beurteilen wie man will, Tatsache ist, dass es auch Chancen für die Verbesserung der kulturellen Teilhabe für Kinder und Jugendliche bietet und insoweit von den Kultureinrichtungen – also auch von den Museen – aufgegriffen werden sollte. Wichtig ist dabei zum einen ein möglichst unbürokratisches Verfahren und zum anderen, dass die Leistungen auf tatsächlich bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen ankommen.

Schließlich möchte ich zumindest auf die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements hinweisen. Die ehrenamtliche Arbeit in Museen sollte von den Kommunen noch stärker anerkannt, Mäzenatentum mit Sorgfalt gepflegt werden. Selbstverständlich ist auch Sponsoring im Bereich der Museen nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern wünschenswert. Museen stehen allerdings wie alle Kultureinrichtungen und –angebote auch in der Pflicht, eine allzu starke oder gar bestimmende kommerzielle Ausrichtung zu verhindern.

Insgesamt sind die Museen somit in der kommunalen Kultur seit vielen Jahren etabliert und nicht weg zu denken. Soweit so gut.

Die raue Wirklichkeit, sprich: die kommunale Finanzsituation, ist jedoch anders. Es vergeht kaum ein Tag ohne Horrormeldungen zu desaströsen Finanzsituation der Städte und schmerzliche Einschnitte in kommunale Leistungen. Als vermeintlich freiwillige Aufgabe stand und steht die Kultur in den mehr oder weniger drastisch ausgeprägten Sparrunden auf den Streichlisten häufig weit oben. Allerdings warne ich davor, die derzeitige Situation zu dramatisieren und apokalyptische Untergangsszenarien herauf zu beschwören.

Dennoch: Die aktuelle Situation weist in ihrer Bedrohung für die kulturelle Infrastruktur und ihrer Dimension eine neue negative Qualität auf. Es droht ein Verlust an Kunst und Kultur, der an die Substanz der länder- und bundesweit einzigartigen Kulturlandschaft geht. Dieser Befund gilt bundesweit, wenn auch mit beträchtlichen regionalen Unterschieden. Nordrhein-Westfalen ist in jeder Hinsicht besonders betroffen, da in unserem Bundesland einerseits die kommunale Finanzsituation besonders dramatisch schlecht ist und zum anderen Kulturförderung zu über 80 % durch die Kommunen geleistet wird.

Was sind die Ursachen dieser Situation?

Hauptursache ist seit Jahren das Strukturproblem, dass die gesetzlichen Pflichtleistungen und die freiwilligen Aufgaben der Kommunen nicht durch die zur Verfügung stehenden Einnahmen bewerkstelligt werden können. Dabei geht die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer weiter auseinander. Das Jahr 2010 wurde mit einem Rekorddefizit von ca. 8 Mrd. Euro abgeschlossen. Dieses

wurde hervorgerufen durch weiterhin bestehende Defizite auf der Einnahmeseite einerseits (Stichwort Gewerbesteuer), vor allem aber durch die exorbitanten Steigerungen der Sozialkosten auf 42 Mrd. Euro im Jahr 2010. Diese haben sich damit gegenüber vor 20 Jahren verdoppelt. Sie haben darüber hinaus eine ungeheure Dynamik und wachsen pro Jahr um ca. 2 Mrd. Euro. Hinzu kommt, dass viele Städte, insbesondere Nordrhein-Westfalen, ihre laufenden Ausgaben – wir reden hier nicht über notwendige Investitionen – nur mit Hilfe von Kassenkrediten bestreiten können. Deren Höhe beträgt Bundesweit mittlerweile 38 Mrd. Euro, auf die nordrhein-westfälischen Kommunen entfallen dabei überproportional 24 Mio. Euro.

Diese Situation schränkt die kommunalen Handlungsspielräume massiv ein und zwingt zu erheblichen Haushaltseinschnitten und Kürzungen. Dabei stehen zu meist vor allem Kürzungen im Bereich der sog. freiwilligen Aufgaben, mit denen auch in der Kultur, im Focus von Kämmerern und Kommunalaufsicht, obwohl deren Anteil an den Gesamthaushalten in der Regel gering ist, auch geringfügige Kürzungen aber häufig zu irreparablen Schäden in der kulturellen Infrastruktur führen. Theater ohne neue Inszenierungen, Museen ohne Anschaffungsetats oder eine freie Kulturszene ohne Projektmittel geraten schnell in eine Abwärtsspirale. Zahlreiche Einrichtungen arbeiten und wirtschaften bereits seit geraumer Zeit am Rande ihrer Leistungsfähigkeit, manche in privater Rechtsform sind aktuell von der Insolvenz bedroht.

Die Folgen derartiger Maßnahmen sind der drohende Abbau von Infrastruktur, die Gefährdung der künstlerischen Qualität sowie der Abbau von allgemeinem Zugang und Teilhabe. Kultur für alle droht zur Kultur für wenige zu werden.

Darüber hinaus ergibt sich auch demokratiepolitisches Problem: Durch die finanziellen Restriktionen droht der Kern kommunaler Selbstverwaltung ausgehöhlt, die Rechte der demokratisch gewählten Räte auf ein Minimum beschränkt zu werden. Dies ist vor dem Hintergrund der in Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes garantierten kommunalen Selbstverwaltung nicht hinnehmbar.

Was kann bzw. muss geschehen, um die Kultur auch in schwieriger Zeit zu stabilisieren?

Neben einer nachhaltig wirksamen Reform der Gemeindefinanzen sind in der gegenwärtigen Situation unmittelbar wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Kulturförderung notwendig, die angesichts der föderalen Aufgabenverteilung vor allem Sache der Länder sind. Ich konzentriere mich hier insbesondere auf das Land NRW. Bei der Diskussion zur Stabilisierung der Kultur wird mitunter über deren Umwandlung in eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen diskutiert. Dies ist aus kommunaler Sicht wenig hilfreich und abzulehnen, da eine gesetzliche Pflichtaufgabe – wie Beispiele aus anderen

Bereichen zeigen – keineswegs eine auskömmliche Finanzausstattung sicherstellt. Kultur ist in der Gemeindeordnung NRW wie auch in den Gemeindeordnungen der anderen Länder (mit Ausnahme von Sachsen) als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe geregelt. Daraus ergibt sich ein eigenständiger Gestaltungsauftrag der Städte und Gemeinden in der Kultur. Kultur ist politisch eine Pflichtaufgabe. Daran sollte festgehalten werden. Ansonsten würden geringe Spielräume freiwilliger kommunaler Selbstverwaltung in der Kultur zusätzlich eingeschränkt bzw. vollständig beseitigt.

Erforderlich ist allerdings die Definition eines Handlungskorridors für die freiwilligen Aufgaben der Kommunen mit dem Ziel, ihnen ein Mindestengagement im Bereich der freiwilligen Leistung und somit auch in der Kultur zu ermöglichen. Dabei sollte grundsätzlich von der Gleichwertigkeit freiwilliger und pflichtiger Aufgaben ausgegangen werden. Die Klassifizierung einer Aufgabe als freiwillige Leistung bedeutet, dass der kommunale Gestaltungsspielraum größer ist als bei der Pflichtaufgabe, er bedeutet somit aber nicht Nachrangigkeit, sondern vielmehr größere Handlungs- und Gestaltungsfreiheit der Kommune. Freiwillige Aufgaben sind aus kommunaler Sicht grundsätzlich zu bevorzugen; sie sind aber durch die Finanzkrise bei vielen diskreditiert und sogar von der Kultur selbst gibt es mitunter den Ruf nach Umwandlung in gesetzliche Pflichtigkeit – ein Irrweg wie ich glaube!

Die Landesregierung betont häufig, dass Kultur eine gemeinsame Aufgabe von Land und Kommunen darstelle. Dem ist zuzustimmen. Allerdings ist diese Partnerschaft ungleich gewichtig angesichts des über 80 %-igen Anteils der Kommunen an der Kulturförderung insgesamt. Vom Land ist daher eine deutlich höhere Beteiligung zu fordern. Am vordringlichsten erscheint diese bei den Stadttheatern, denen als zentrale Infrastruktureinrichtungen der Kultur eine wichtige Ankerfunktion zukommt. Der Städtetag ist daher mit dem Land in Verhandlungen, die Theaterförderung des Landes im Sinne einer Steigerung des Landesanteils an der Theaterfinanzierung auf 20 % der Betriebskosten zu erhöhen.

Schließlich bedarf die kulturelle Bildung einer Aufwertung und stärkeren Förderung durch das Land. Der Städtetag hat hierfür eine gesetzliche Regelung (Gesetz zur Förderung der kulturellen Bildung) vorgeschlagen, mit dem die Gleichwertigkeit von allgemeiner und kultureller Bildung sichergestellt und bestehende Einrichtungen wie Musikschulen, Bibliotheken und museumspädagogische Projekte gefördert werden sollen. Wir geben einer solchen Regelung den Vorzug vor Einzelgesetzen zu Bibliotheken, Musikschulen oder anderen Bereichen der kulturellen Bildung.

Fazit

„Die Vollkommenheit der Stadt hängt von denen ihr gepflegten Künsten ab“ - dieses über 800 Jahre alte Zitat von Albertus Magnus bringt es auf den Punkt:

Museen prägen insoweit – wie Kunst und Kultur insgesamt – seit jeher das Bild der Stadt. Ihre Förderung ist eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe. Erst durch die Künste, kulturelle Einrichtungen und kulturelles Leben wird die Stadt von einer Ansammlung von Gebäuden und Menschen zu eben einer solchen.

Es geht zum einen um das Bewahren von Kunst und Kultur und wer wäre für das Bewahren prädestinierter als die Museen. Es geht aber andererseits auch um die Weiterentwicklung von Kunst und Kultur in den Städten. Dieser Spagat zwischen dem Erhalt von Bewährtem sowie dem kritischen Hinterfragen von Gewohntem und der Veränderung von Strukturen ist schwierig – gewiss – aber alternativlos.

In diesem Sinne ist der Titel des VIII. Rheinischen Museumstages zutreffend gewählt: Abbruch? Nein! – Aufbruch und Umbruch? Ja!

In diesem Sinne wünsche ich der Tagung und Ihrer Arbeit viel Erfolg.